

„Großoffensive des Atheismus“

Gerstenmaier kennzeichnet SED-Terror — Bundestagsbesuch in Moskau?

Berlin (Eigenbericht). Mit einer bei ihm selten beobachteten Schärfe hat Bundestagspräsident Gerstenmaier vor der Berliner Pressekonferenz im Bundeshaus den „unerträglichen Terror“

Ulbricht-Regimes gegenüber der Kirche sowie die „Großoffensive des militanten Atheismus“ in der Sowjetzone verurteilt. Es herrsche ein „grauenhafter Druck, noch viel schlimmer als bei Hitler“. Der Bundestagspräsident deutete ferner die Möglichkeit an, daß eine Delegation des Deutschen Bundestages noch in diesem Jahr, voraussichtlich im Oktober, der sowjetischen Einladung folgend nach Moskau reisen werde. Er hoffe, daß diese Delegation auch ein ernstes politisches Gespräch über das Schicksal der Sowjetzone und über die Vorgänge der letzten Zeit führen könne.

Ulbrichts Handlungsweise, erklärte Gerstenmaier, belaste nicht nur die internationalen Beziehungen, sondern auch die Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands. Er forderte die Sowjets auf, in ihrer Zone „nach dem Rechten zu sehen“. In Gesprächen mit dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Mikojan habe er einen sehr viel friedfertigeren Eindruck gewonnen als durch das Bild von den Aufmärschen am 1. Mai in Ostberlin.

Mit gleichwertiger Waffe

Auf Fragen von Pressevertretern sagte der Bundestagspräsident zur Evangelischen Synode es sei eine „Schande“, daß die SED versucht habe, die Delegierten aus der Sowjetzone zuvor wochenlang „fix und fertig“ zu machen. Der Verlauf der Synode habe gezeigt, daß die sogenannte „mittlere Linie — gleich ob die Bundeswehr mit atomaren Waffen ausgerüstet wird oder nicht — für uns keine politische Möglichkeit bietet“. Die Kirche werde die Menschenrechte verteidigen. Dieser Widerstand sei bereits aus sittlichen Motiven heraus geboten und er könne vor Krieg und Unterwerfung bewahren. Man habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, einem Terror „zumal wenn man angegriffen wird, zu widerstehen, auch mit der Waffe in der Hand, und zwar mit einer gleichwertigen Waffe“.

Zur Frage der atomaren Bewaffnung erwiderte Gerstenmaier einem Pressevertreter, falls die westliche Welt allein atomar abrüste, sei das Gleichgewicht so gestört, „daß wir uns nicht mehr über eine Gipfelkonferenz den Kopf zu zerbrechen brauchen“. Als Antwort auf weitere Fragen nannte er die Ehrenerklärung von Propst Grüber für Bischof Dibelius auf der Synode eine „tapferer Rede“. Die SED-Angriffe seien so unerhört gewesen, daß es an der Zeit gewesen sei, eine solche Erklärung abzugeben. „Wir wären elende Feiglinge gewesen, wenn wir es nicht getan hätten.“ Die kommunistischen Behauptungen, die Kirche vertrete eine „bestimmte politische Richtung“, wurden von Gerstenmaier energisch zurückgewiesen. Diese These diene nur dem Kampf gegen die Kirche.

Abschließend kritisierte der Bundestagspräsident auf Anfrage das Verhalten des aus der CDU ausgeschlossenen Professors Hagemann, da dieser in illoyaler Weise den politischen Gegner der eigenen Partei unterstützt habe. Die Erklärungen des Journalisten Wenger nannte Gerstenmaier eine „Häresie“.

Wieder ein Professor geflohen

Der Professor an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Ostberliner Humboldt-Universität, Prof. Dr. Günther Vogel, der am vergangenen Sonnabend nach Westberlin geflohen ist, traf am Donnerstag in Bonn ein. Vogel, der Direktor des Instituts für Veterinär-Physiologie war, teilte mit, daß nach seiner Überzeugung noch weit mehr Wissenschaftler der Sowjetzone fliehen werden.

„Schlechtes Betragen“

Nach einer Meldung des Untersuchungsausschusses freier Juristen mehrten sich in letzter Zeit die Fälle, daß Oberstudienräte in der Sowjetzone, die entgegen dem bestehenden Verbot in die Bundesrepublik reisen, wegen „schlechtem Betragen“ eine „vier“ erhalten. Damit sind sie, wie der Untersuchungsausschuß bemerkt, automatisch vom Abitur ausgeschlossen.

Neue Note an Moskau

Gipfelkonferenz soll nicht verzögert werden

Paris (ap). Die Regierungen der drei westlichen Großmächte haben an die sowjetische Regierung die Teilnahme von Vertretern Polens und der Tschechoslowakei an den Moskauer Botschafterbesprechungen abgelehnt und sich widerstrebend damit einverstanden erklärt, daß der sowjetische Außenminister Gromyko weiterhin mit den westlichen Botschaftern in Moskau einzeln über die Vorbereitungen

für die geplante Gipfelkonferenz verhandelt.

Die drei Mächte betonten in ihren Noten jedoch erneut, daß nach ihrer Ansicht schnellere Fortschritte bei gemeinsamen Besprechungen zu erzielen seien. Sie gäben jedoch den sowjetischen Forderungen nach, weil sie mit der grundlegenden Arbeit der Konferenzvorbereitungen voranzukommen wünschten.

Gespaltene Gewissen

R. Die Gesamtdeutsche Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat den evangelischen Christen in Ost und West ihre Lage nicht erleichtert. Die Situation zeichnet sich dadurch aus, daß die Christen im Westen in aller Freiheit sich für oder gegen die geplante atomare Bewaffnung der Bundeswehr erklären können, daß aber die evangelischen Christen im Osten nicht einmal die Freiheit haben, ungehindert und unbedroht ihre Kinder zur Christenlehre und zum Konfirmationsunterricht zu schicken.

Die 5000 Resolutionen, welche der Synode der EKD in ihren fünf Arbeitstagen vorlagen, waren — milde gesagt — so gleichgestimmt, so SED-gemäß, daß sich fast ein synodaler Bearbeitungsausschuß für diese Papierflut erübrigt hätte. Schulen, Betriebe und sonstige SED-gelenkte Organisationen setzten damit den Druck fort, dem die 40 Synodalen aus Mittelddeutschland schon sehr persönlich und sehr direkt in den Tagen vor ihrer Abfahrt zur Synode ausgesetzt waren. Was in diesen Resolutionen stand, das stand auch in den Zeitungen der sogenannten DDR: keine Behandlung des Themas „Kirche und Erziehung“, Verurteilung der möglichen Atombewaffnung der Bundeswehr und Kündigung des Militärseelsorgevertrages.

Nun haben die Beschlüsse der Synode diese Forderungen nicht erfüllt. Das schafft selbst bei der SED und ihrer Führung eine gewisse Verlegenheit, die in der ersten gedruckten Reaktion deutlich wird. Der Militärseelsorgevertrag ist nicht schlanker Hand gekündigt worden. Er wird überprüft und galt von Anfang an als nicht verpflichtend für die mitteldeutschen Gliedkirchen. In der Atombewaffnung der Bundeswehr waren sich die evangelischen Christen aus Ost und West nicht einig, jedoch befürwortete kein Synodaler aus Mitteldeutschland die Haltung der Bundesregierung. Aber in der Frage der Erziehung waren

sich alle kirchlichen Vertreter einig, daß es einen Kompromiß zwischen dem atheistischen Erziehungszwang in der sogenannten DDR und der christlichen Auffassung darüber, wie Eltern ihre Kinder zu erziehen haben, nicht geben könne.

Sie bekräftigten gemeinsam, daß sich durch die Maßnahmen des atheistisch ausgerichteten SED-Staates eine Lage herausgebildet habe, welche die Kinder zum Lügen zwingt. Wer als Jugendlicher nicht wünscht, nur als untergeordneter Arbeiter in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften verwendet oder auch sonst an die letzte Sprosse der sozialistischen Leiter gestellt zu werden, der muß heute schon die Jugendweihe und ihre Vorbereitungsstunden absolvieren, auch wenn er als Christ die dort verkündete gottlose Lehre nicht billigen, ja mit Abscheu abwehren muß. Er muß lügen — oder ein soziales Martyrium auf sich nehmen, wenn er nicht die Flucht und damit die Trennung von Heimat und Familie wählen will. Hier wird die Freiheit des Gewissens nicht mehr respektiert. Hier wird zum gespaltenden Gewissen erzogen oder dieses erzwungen. Wir „beglückwünschen“ diese Art von Staat zu Staatsbürgern, die in der Praxis nur Nihilisten sein können. Wir beklagen unser Volk, das diese Not seiner Landes hilflos mit ansehen muß.

Die Synode ist sehr glimpflich mit sich und dem zweiten deutschen Staatsgebilde verfahren, als sie beschloß, dieses gewichtige Thema zwar als Bericht zur Kenntnis zu nehmen, aber noch einmal ein Gespräch zwischen ihren Abgesandten und dem Ministerpräsidenten Grotewohl zu versuchen. Es ist deprimierend, schon jetzt in der SED-Presse zu lesen, daß man der Synode und dem Rat der Evangelischen Kirche die Legitimation zu einem solchen Gespräch bestreitet.

Weder den Berichterstattem der SED-Presse noch den genannten Spitzeln aus Pankow war es verwehrt, den Beratungen der Synode auch im Westberliner Johannesstift ungehindert beizuwohnen. Was da unter der hölzernen gewölbten Decke

des Versammlungsraumes in Spandau in zweitägigen uneingeschränkten Diskussionen von Synodalen aus Ost und West gesagt wurde, haben sie hören können, vielmotivig in den Ansichten, aber mit wenigen Ausnahmen gleichgestimmt im geistigen und geistlichen Niveau. Das Begreifen ist allerdings eine andere Sache. Hätten sie begriffen oder begreifen dürfen, dann enthielte die gedruckte Reaktion nicht so unsinnige Schlagzeilen wie „Synode übt beim Militärseelsorge-Vertrag“.

Das östliche Unbehagen ist verräterisch, weil es zeigt, daß hier ein Gefecht oder sogar eine Schlacht ausgefochten werden soll, die fern jeder echten Auseinandersetzung ist.

Das Terrorsystem der Einheits-Weltanschauung duldet kein Verständnis für eine Gemeinschaft, die in einer einzelnen, wenn auch sehr schwerwiegenden politischen Frage einig, aber in ihrem Glauben geschlossen ist. Es ist eben nicht so, wie der Erste SED-Sekretär Ulbricht noch jüngst in seinem Interview mit dem amerikanischen Verleger Hearst glauben machen will, daß es sich hier um eine politische Auseinandersetzung zwischen einer Kirchenleitung und einem Staat handle, sondern es ist in Wirklichkeit ein Kampf um die Seele. Das ändert nichts daran, daß die Synode der EKD einen an Schärfe kaum zu überbietenden Gegensatz auszutragen hat, den Gegensatz nämlich, daß es in ihren Reihen Christen gibt, welche die Anwendung atomarer Waffen im äußersten Fall für gerechtfertigt halten, wenn es die Freiheit der westlichen Welt erfordern sollte; und daß es andererseits evangelische Christen gibt, welche sich dem Dienst an diesen Waffen bis zur Absage an die Seelsorge in einer atomar bewaffneten Bundeswehr aus ebenso schwerwiegenden Gründen versagen. Die Kluft ist da und ist zunächst nicht durch irgendwelche noch so frommen Sprüche zu überdecken. Hier sind die Gewissen getrennt. Die Gemeinschaft im Glauben aber ist erhalten worden. Die Spaltung der Gewissen jedoch bleibt dem terroristischen System des SED-Materialismus und -Atheismus vorbehalten.

Kernwaffen-Unglück in der UdSSR

Bestätigung aus Prag — Oslo bleibt dabei: Raketenbasen im Ostblock

Prag/Oslo/London (ap/dpa). Die Gerüchte über ein sowjetisches Kernwaffen-Unglück, die in letzter Zeit in vielfacher Form durch die Weltpresse gingen, verdichteten sich jetzt in Prag. Danach hat sich vor einigen Wochen auf der Halbinsel Kamtschatka im Osten Sibiriens in einer Kernwaffen-Versuchsanstalt eine gewaltige Explosion ereignet. In Oslo bestätigten hochgestellte Persönlichkeiten der norwegischen Armee, daß die Berichte über den Bau sowjetischer Raketenbasen im Ostblock zutreffen.

Prag wurde der sowjetische Appell an den Sicherheitsrat wegen der Alarmflüge amerikanischer Atombomber über der Arktis mit den Berichten über das Kernwaffenunglück im Osten Sibiriens in Zusammenhang gebracht.

Danach hat sich folgendes abgespielt: Die unbeabsichtigte Kernwaffen-Explosion löste starke Druckwellen aus. Sie wurden von den USA-Beobachtungsstationen registriert. Da ihre Ursache und der Ursprungsort nicht sofort festgestellt werden konnten, wurde allgemeiner Alarm gegeben. Die amerikanischen Atombomber stiegen befehlsgemäß von ihren Stützpunkten auf und flogen in Richtung Sowjetunion. Diese Flüge waren nach den Prager Berichten — die allerdings von der amerikanischen Luftwaffe dementiert wurden — der Anlaß für den sowjetischen Protest im Weltsicherheitsrat.

In Oslo wurde trotz des erneuten sowjetischen Dementis einmal auf den Artikel in dem Regierungsorgan „Arbeiterbladet“ verwiesen, der Einzelheiten über die sowjetischen Stützpunkte in Osteuropa enthält. Danach haben die Sowjets Luftabwehrwaffen mit Atomsprenkköpfen in der Gegend der Uranbergwerke von Joachimsthal (Böhmen) stationiert und unterhalten ein Raketenlager in Mähren. Die Raketen haben eine Reichweite von 500 bis 2000 km. Wörtlich heißt es: „Die Sowjetunion hat entlang des gesamten Eisernen Vorhanges Abschubrampen für Raketen mit mittlerer Reichweite gebaut und ist in der Lage, den größten Teil Westeuropas mit

Raketen zu beschließen. Basen wurden in Kolberg, Libau, Memel und Reval errichtet, — sie sind für den Abschluß gegen die skandinavischen Länder bestimmt. Raketen derselben Art

wurden in Thüringen und Ostpommern stationiert.“

Britische Rakete abgestürzt

Eine Versuchsrakete der britischen Atomenergie-Behörde ist in unmittelbarer Nähe des Dorfes New Quay an der Walliser Küste in der Luft explodiert. Teile der Rakete stürzten in weitem Umkreis auf einen Acker nieder und rissen einen tiefen Krater. Es entstanden jedoch keine Personen- oder Sachschäden.

Heißer als im Sonneninnern

Zeta-Gerät wird zehnfache Energie entwickeln

einem Komitee des Unterhauses hat der Direktor des englischen Atomenergie-Forschungsinstituts in Harwell, Sir John Cockcroft, mitgeteilt, daß das Zeta-Gerät, mit dem man die Atomkernfusion erstmalig erreicht habe, nur ein Anfang sei. Als nächster Schritt werde man das Gerät so modifizieren, daß es die zehnfache Energie aufnimmt.

Mit einigen anderen Abänderungen will man dann auf Tem-

peraturen kommen, die höher sind als die im Zentrum der Sonne. Der Neutronenausstoß soll sich dabei millionenfach verstärken. Der folgende Schritt würde dann Entwurf und Bau eines Gerätes sein, das er Zeta Mark II nannte und bei dem die Energieerzeugung dem Energieverbrauch gleichkäme oder diesen schon überträfe und bei dem die Temperatur über 100 Millionen Grad beträgt.

Der Redner sagte, Zeta Mark II werde so konstruiert, daß man mit ihm Experimente für die direkte Erzeugung von elektrischem Strom ausführen könne. Im Prinzip könne man heute schon sehen, wie ein guter Teil der anfallenden Energie direkt in Strom verwandelt werden könne. Wenn das Zeta-II-Gerät erfolgreich arbeite, werde man aber noch vier oder fünf Jahre vor der eigentlichen kommerziellen Anwendung einer entsprechenden Kernverschmelzungsanlage stehen.

Für Antarktis-Konferenz

Washington (ap). Präsident Eisenhower hat elf Länder, darunter auch die Sowjetunion, zu einer Antarktis-Konferenz eingeladen. Auf der Zusammenkunft soll versucht werden, ein Übereinkommen darüber zu erzielen, daß das Südpolgebiet nur zu friedlicher Forschungsarbeit benutzt wird.

Reservistenausbildung

In großem Umfang ist nunmehr in der Sowjetzone die Reservisten-Ausbildung angelaufen, mit der die Zahl der waffenmäßig ausgebildeten Männer wesentlich erhöht werden soll, ohne die Mannschaftsstärke der sogenannten „Volksarmee“ zu vergrößern. So rückten, wie die Sowjetzonen-Agentur adn berichtet, aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) auch 200 ehemalige Unteroffiziere und Soldaten der „bewaffneten Organe der DDR“ zu militärischen Lehrgängen in Kasernen ein, um danach als Reservisten der Volksarmee in ihre Betriebe zurückzukehren. Über 1300 Studenten von Fach- und Ingenieurschulen aus Zwickau, Mittweida und Karl-Marx-Stadt nehmen ebenfalls in verschiedenen Armee- Standorten an Lehrgängen für militärische Grundausbildung teil.

Bedrängnis der Christen wächst

Scharfes Hirtenwort der katholischen Bischöfe in der Zone

In allen katholischen Kirchen der Sowjetzone wurde am Sonntag ein Hirtenwort der Bischöfe verlesen, in dem die Politik der Pankower Regierung gegenüber den Christen und der Kirche auf das schärfste angegriffen wird. Wörtlich schreiben die Bischöfe unter anderem:

„Es bedrückt uns — von Tag zu Tag mehr — die seelische Not unserer Gläubigen. Seitdem wir am 23. Oktober 1957 unser Hirtenwort über Schule und Erziehung an Euch richteten, hat sich die Lage erheblich verschärft. Der Druck auf die Freiheit des Gewissens und des Glaubens ist härter geworden. Die Philosophie der Gottlosigkeit als verpflichtende Richtlinie im gesamten öffentlichen Leben wurde rücksichtsloser durchgesetzt. Über die Kirche, ihre Lehre und ihre führenden Männer ergoß sich eine Flut von Verleumdungen und Verzerrungen. Unseren christlichen Kindern soll in der Schule mit allen Mitteln der Glaube an Gott, an Christus und an die Kirche geraubt werden. Vor allem der Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern und in der Geschichte soll dazu dienen.

Über die Maßen wird die heranwachsende christliche Jugend, zumal bei ihrer Schulentlassung, durch die Propaganda für die Jugendweihe bedrängt. Trotz wiederholter Zusicherungen, selbst von höchsten Regierungsstellen, daß die Jugendweihe freiwillig sei, wird von Amtspersonen des Staates ein starker Druck auf die Jugendlichen ausgeübt. Nachweisbar erleiden jene, die sich nicht an der Jugendweihe beteiligen, deswegen schwere berufliche Nachteile.

Schwer leiden gläubige Christen darunter, daß allerwärts, in Organisationen und auf dem Arbeitsplatz, in Schrifttum und Kundgebungen, die Propaganda gegen Kirche und Religion immer stärker wird. Völlig aber wird, das Menschenrecht mißachtet und auch die Verfassung übertreten, wenn ehrenhafte und gewissenhafte Staatsbürger ihre Stellung verlieren oder einen Beruf nicht ausüben können, nur, weil sie nicht aus der Kirche austreten oder auf die aktive Betätigung ihres Glau-

bens nicht verzichten wollen.

Gerade weil Ihr als Christen so argwöhnisch beobachtet werdet, sollt Ihr Euer Bestes geben. Um des Herrn willen erfüllt in treuer Verantwortung den Dienst, der Euch obliegt:

Ihr müßt vieles geschehen lassen und zu vielem schweigen. Beachtet aber sorgfältig die Grenzen Eures Gewissens!

Wenn man Euch auffordert, Eure Kinder zur Jugendweihe zu schicken, sprecht ein klares Nein! Wenn man gar von Dir verlangt, aus der Kirche auszutreten, dann sprich ein klares Nein und denke an das Wort des Herrn: „Wer mich vor den Menschen bekennt, den will auch ich bekennen vor meinem Vater im Himmel; wer mich

aber vor den Menschen verleugnet, den werde auch ich vor meinem Vater im Himmel verleugnen“ (Mt. 10, 32—33).

Vielleicht müßt Ihr bei solcher Haltung schwere Opfer auf Euch nehmen, aber über allen irdischen Vorteilen und Nachteilen stehe Euch und Euren Familien das Wort der Apostel: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.“

Die Zeit schwerer Gewissensnot muß für uns zur großen Stunde helfender Bruderliebe werden. Da Ihr oft einsam und fremd in der Welt steht, gewinnt Eure Familie neue Bedeutung.

Die Freiheit stirbt nur dort völlig aus, wo der Geist der Freiheit stirbt. Der Geist der Freiheit aber lebt bei aller Drangsal dort unzerstörbar fort, wo lebendiger Glaube darum weiß, daß Christus der Sieger und der Herr ist.“

Botschafter bei Gromyko

Moskau/London (dpa/ap). Die Botschafter der USA, Großbritannien und Frankreichs hatten Anfang der Woche im sowjetischen Außenministerium getrennte Besprechungen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Die Besprechungen dauerten je eine halbe bis dreiviertel Stunde und bezogen sich auf Fragen der Gipfelkonferenz. Gromyko überreichte den drei diplomatischen Vertretern Botschaften, die wahrscheinlich eine Antwort auf die letzte Note der Westmächte ist.

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums kündigte an, daß Großbritannien sich dem Vorgehen der amerikanischen Regierung anschließen und ebenfalls in Kürze in einer Note an die polnische Regierung den Rapacki-Plan ablehnen werde.

Wiener Koalition wankt

Wien (ap). Die Schwierigkeiten zwischen den Koalitionspartnern in der österreichischen

Regierung haben sich verschärft. Die Pressedienste der österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Sozialistischen Partei (SPÖ) meldeten, daß bei einer Sitzung des Koalitionsausschusses der Regierungsparteien keine Einigung erzielt wurde und die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt wurden. Es wurde bereits von der Möglichkeit vorzeitiger Neuwahlen gesprochen, die nächsten wären in zwei Jahren fällig.

Element 102 entdeckt

Gatlinburg (Tennessee) (ap). Kernphysiker der Universität von Kalifornien haben mit dem neuen Atomzertrümmerer in Berkeley einwandfrei das 102. Element entdeckt, das bereits die Bezeichnung Nobelium trägt. Die Wissenschaftler ließen einen Kohlenstoffkern der Masse 12 auf einen Curium 246-Kern prallen, so daß sich ein Kernelement der Masse 258 ergab. Dieser überschwere Kern gab sofort vier Neutronen ab, so daß das Element 102 mit seinem Massenzahl 254 entstand.

Fernsehantennen Richtung Westen

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Neben den militanten Mai-Paraden fanden in den Städten der Zone Veranstaltungen zum 1. Mai statt, die dem Tag den Charakter eines Volksfestes geben sollten. Die allgemeine Müdigkeit der Bevölkerung gegenüber den staatlich sanktionierten Propagandaparolen wurde auf diese Weise etwas überspielt.

LEIPZIG

Studenten im Anti-Atom-Einsatz. Mit Sketchen versuchten Studenten der Karl-Marx-Universität die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Sie spielten flotte Weisen, bis sich eine größere Gruppe von Menschen angesammelt hatte. Dann begannen sie mit kleinen Einlagen, in denen sie gegen die westdeutschen Aggressoren polemisierten. Die SED bezeichnete diese Einsätze als vorbildliche Beispiele für Massenagitation.

Sport an der Spitze des Interesses. Die Massen strömten am 1. Mai zum Stadion. Dort sah man Ringer, Judo- und Boxsportler, eine 4x100-m-Staffel. 500 Tänzerinnen und Tänzer zeigten ihr Können unter dem großen Maibaum. Bodenturner und Tischspringer maßen ihre Kräfte. Der Höhepunkt des Tages war der große Mailauf der Berufsgruppen, wie z. B. Koche, Bäcker, Kellner und Briefträger. Andere sahen das Fußballspiel zwischen SC Rotation und SC Lok Leipzig.

WISMAR

Die heftigste Rüge erhielt der Parteisekretär und Lehrer an der Kreispartei-schule, Bajohr, wegen seiner Fernsehantenne. Von Parteimitgliedern wurde festgestellt, daß auf dem Dach seines Hauses die Fernsehantenne Richtung Westen stehe. Genosse Bajohr gab nach einem Bericht der „Ostseezeitung“ zur Antwort, es zeuge von politischer Bequemlichkeit, wenn man sich nur nach dem Ostberliner Programm richte. Seine Selbstkritik wurde verurteilt,

weil sich ernsthaft ideologische Unklarheiten daraus ergeben würden, wenn man Westprogramme höre und sehe.

Der Privatgast in der Badewanne soll verschwinden. Die alten treuen Gäste aus den früheren Zeiten sollen in diesem Jahre endgültig fernbleiben. Der FDGB will die Ferienplätze bis zur letzten Badewanne belegen, damit die Unsitte, Privatgäste unterzubringen, endlich aufhöre. In den vergangenen Jahren seien Handwerker und selbständige Gewerbetreibende aus Mitteldeutschland in den Badeorten an der Ostsee dadurch untergekommen, weil sie in den Badewannen der Hausbesitzer übernachtet hätten. Die Ostseebäder gehörten aber den Werktätigen.

BAUTZEN

Die erste Namenweihe in Bautzen. Als „Bereicherung der sozialistischen Kultur“ bezeichnete die „Sächsische Zeitung“ auf der Lokalseite Bautzen die ersten offiziellen Namenweihen, die am 3. Mai durchgeführt werden. In zwei Feierstunden erhalten 30 Kinder aus dem Kreis- und Stadtgebiet im Kulturhaus „Ernst Thälmann“ am Kupferhammer die Namenweihe. Ansprachen halten Funktionäre der SED, eine Kreisvorsitzende des DFD und ein „Held der Arbeit“. Ein Kreiskomitee für

Namenweihe hat die Ausgestaltung dieser Feiern übernommen und das Staatliche Ensemble für sorbische Volkskultur bestellt. Die Einwohner der Stadt sollen an diesen Feierlichkeiten teilnehmen. Bisher fanden sogenannte Namenweihen nur im Familienkreise statt, Jetzt führt die SED diese Ersatzveranstaltungen für die christliche Taufe in allen Gemeinden durch. Z. B. sind für den 8. Mai Namengebungsfeiern in anderen Orten angesetzt. Den Eltern wird jetzt mitgeteilt, daß in Zukunft nicht mehr wie bisher mehrtrilige Kinder angenommen werden. Namenweihen gäbe es nur für Kinder bis zu einem Jahr.

NEUBRANDENBURG

Die Formalitäten nehmen zu. Wer eine Westreise vorbereitet, muß zunächst zu seinem Arbeitgeber, zur Gewerkschaftsleitung, zur Betriebsparteiorganisation und zur Volkspolizei. Alle Stellen versuchen, dem Antragsteller klarzumachen, daß eine Westreise in den „NATO-Staat“ Westdeutschland schädlich sei. Wer einen Antrag auf legale Übersiedlung in die Bundesrepublik stellt, muß Gefahr laufen, daß ihm der Personalausweis abgenommen wird. Auf den Bahnhöfen der Zone müssen Volkspolizisten und Transportpolizisten auf verdächtige Personen achten.

Soldat bis 20. August 1946

Bonn (ap). „Weder durch die Kapitulationserklärung am 8. Mai 1945 noch durch die Erklärung der alliierten Regierungen vom 5. Juni 1945 ist die damalige deutsche Wehrmacht aufgelöst worden. Erst am 20. September 1945 hat der Kontrollrat die Auflösung der deutschen Streitkräfte angeordnet und am 20. August 1946 ist durch das Kontrollratsgesetz Nr. 34 bestimmt worden, daß die deutschen Streitkräfte als aufgelöst zu betrachten sind“, heißt es in einem jetzt veröffentlichten Urteil des Bundessozialgerichts zu der Frage,

wann die Zugehörigkeit zur ehemaligen deutschen Wehrmacht nach dem Zusammenbruch beendet war. Dem Urteil lag die Klage eines 131ers zugrunde.

Wie in diesem Zusammenhang der Bundespreseleiter des Berufsverbandes der Wehrbediensteten mitteilte, hätten die Angehörigen der deutschen Wehrmacht daher auch nicht ohne weiteres am 8. Mai 1945 aufgehört Soldat zu sein. Es sei gleichgültig, ob das Selbstauscheiden vor oder nach dem Tage der Kapitulation erfolgt sei.

Revolution des dunklen Kontinents

Europa und Afrika: Partnerschaft in der Neuen Welt von morgen

Nach dem am 1. Januar in Kraft getretenen Vertrag über die europäische Wirtschaftsgemeinschaft werden einige afrikanische Kolonial- und Treuhändergebiete, u. a. Französisch-West- und Zentralafrika, Madagaskar, die Mandatsgebiete von Togo und Kamerun, der Belgische Kongo und Italienisch-Somaliland dem Gemeinsamen Markt assoziiert. Der Kontinent Afrika, den viele als den idealen Ergänzungsraum zu unserem eigenen ansehen, ist uns also beträchtlich nähergerückt. Im nachfolgenden Bericht versucht unser Mitarbeiter, ein Bild des neuen, werdenden Afrika südlich der Sahara zu zeichnen.

Wer zum eingefleischten Europäer werden will, der unternehme eine Rundreise durch Afrika. Er wird als begeisterter Verfechter der Vereinigten Staaten von Europa zurückkommen. Er wird überzeugt sein, daß die vielfältigen Möglichkeiten zur Entwicklung des riesigen Kontinents nur als Gemeinschaftsaufgabe von Europäern und Afrikanern zu lösen sein werden. Er wird überwältigt werden von dem Ausmaß der Veränderungen sozialer, wirtschaftlicher und politischer Art überall auf dem Erdteil. Er wird erschrecken über die sich ihm aufdrängende Feststellung, daß dieser Kontinent ein getreues Spiegelbild europäischer Zerrissenheit und Gegensätze ist, daß jede der europäischen Kolonialmächte eine andere Einstellung zum gleichen Problem hat.

Ein westafrikanischer Politiker hat einmal einen Ausspruch getan, der als Motto über allen Problemen in diesem Kontinent stehen könnte. Er sagte: „Man kann auf einem Klavier mit den weißen Tasten so etwas wie eine Melodie spielen. Und man kann mit den schwarzen Tasten so etwas wie eine Melodie hervorbringen. Zu einer harmonischen Sinfonie aber bedarf es der weißen und der schwarzen Tasten.“ In diesem Ausspruch liegt in der Tat das ganze, den Besucher oft so verwirrende Problem Afrika.

Darin liegt die eigentliche Schwierigkeit des heutigen Problems Afrika: die alte patriarchalische Ordnung ist geschwunden. Das System der Kolonialverwaltung und der rücksichtslosen Ausbeutung ist im Gefolge der Weltumwälzung durchlöchert, und mit der neuen Zeit kamen neue Ideen, die erst allmählich den veränderten Ver-

hältnissen angepaßt werden. Der gesamte Kontinent befindet sich im Zeitalter einer industriellen Revolution mit all den sozialen Spannungen und Umwälzungen, die sie zwangsläufig im Gefolge hat. Hier wird sie noch verschärft, weil sich zum Problem des neuen Industrieproletariats noch das der Hautfarbe und der Zivilisationsstufe gesellt. Die Eingeborenen werden zu Industriearbeitern, Angestellten, Lehrern, Landwirten. Die Wildnis wird immer ausgeprägter zu einer wohlbestellten Agrarwirtschaft. Der Europäer riß den Eingeborenen aus seinen Bindungen, ohne ihm etwas Gleichwertiges dafür zu geben. Aus primitivstem Urzustand wurde der Schwarze Übergangslos und unvermittelt in die technische Stromlinienform unserer Zeit gepreßt. Aber auch weiterhin steht der Eingeborene vielfach draußen vor der Tür, und wo er in den Bereich des Weißen eingelassen wird, da findet er keinen Stuhl.

In Afrika südlich der Sahara, einem Gebiet von der mehrfachen Größe ganz Europas, leben in Kolonien, Protektoraten, Mandaten, einem selbständigen weißen und bisher erst zwei schwarzen Staaten rund 200 Millionen Neger und nur etwa 5 Millionen Weiße neben einigen 100 000 Asiaten und Mischlingen. In Südafrika, wo mehr als die Hälfte der Weißen auf dem Kontinent zum Teil schon seit über 300 Jahren wohnen, kommen vier Neger auf einen Europäer, in Zentralafrika ist das Verhältnis stellenweise 700 : 1! Mit Ausnahme der afrikanischen Westküste, wo die Emanzipation der Schwarzen die größten Fortschritte gemacht hat, nimmt im gesamten übrigen Teil des Kontinents der Eingeborene noch keinen Anteil an der politischen

Verwaltung. In vielen Fällen, beispielsweise in Südafrika und in Zentralafrika, wird sie ihm verwehrt. In vielen anderen Gebieten ist er tatsächlich noch nicht in der Lage, sich selbst zu regieren, in einer völlig veränderten Umwelt wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen. Der Eingeborene bedarf noch für lange Zeit der führender anleitenden Hand des Europäers.

Leider aber ist diese führende Hand nicht einig in der Zielsetzung. Nicht das Gegeneinander, sondern das Miteinander kann die vielfältigen Möglichkeiten des Kontinents zum Vorteil aller nutzen. Nicht Apartheid, sondern einzig und allein echte, vertrauensvolle Partnerschaft kann die Probleme meistern.

Bis zum Überdruß hört man in Europa das Wort vom Rohstoffkontinent der Zukunft. Daß er seine Aufgabe erfüllen kann, daß er seine überreichen Möglichkeiten ausnutzt, dazu bedarf es der gemeinsamen Anstrengung aller, sowohl der schwarzen wie der weißen Bewohner.

Nehru bleibt im Amt

Neu Delhi (ap). Der indische Ministerpräsident Nehru hat sich den Wünschen seiner Kongreßpartei gefügt und die Absicht, zeitweise vom Amt des Regierungschefs zurückzutreten, gegeben.

Auf einer Sondersitzung der Partei erklärte Nehru, der sichtlich bewegt war, „in aller Demut“ sehe er davon ab, den Schritt zu tun, den er beabsichtigt habe. Die versammelten Parteivertreter nahmen diese Erklärung mit donnerndem Beifall auf. Der Ministerpräsident wiederholte aber, daß er Zeit benötige, um über die „schlechte Atmosphäre“ nachzudenken, die seiner Meinung nach zur Zeit in Indien herrscht. Er begrüße es, daß man sich darüber noch eingehender unterhalten werde.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Kesseltreiben gegen Kirche hält an

SED-Demonstrationen gegen Görlitzer Oberkonsistorialrat

Berlin (dpa). Gegen den Görlitzer Oberkonsistorialrat Fränkel hat ein von der SED veranlaßtes Kesseltreiben eingesetzt. In „Protestschreiben“ und Beschlüssen von Organisationen wird eine Bestrafung dieses hohen Beamten der Evangelischen Kirche verlangt, weil er sich auf der Synode in Ostberlin gegen das Auftreten sogenannter Arbeiterdelegationen gewandt habe.

Nach Augenzeugen-Berichten aus Görlitz warteten Demonstrantengruppen auf dem Bahnhof die aus Berlin eintreffenden Züge ab, in denen sie von der Synode zurückkehrenden Oberkonsistorialrat vermuteten. Auf mitgeführten Pappschildern wurde die Verjagung Fränkels aus Görlitz gefordert. Fränkel war jedoch an diesem Tag noch nicht nach Görlitz zurückgekehrt.

Auch im Mai-Umzug in der Stadt waren, den Berichten zufolge, Losungen gegen Fränkel zu sehen. Man bezeichnete den Geistlichen als „faschistischen

Protest der Kommandanten

Berlin (ap). Die drei westalliierten Kommandanten von Berlin stellen in einer veröffentlichten Erklärung fest, die am 1. Mai in Ostberlin veranstaltete Parade der Sowjetzonen-Volksarmee sowie die Demonstration bewaffneter SED-Kampfgruppen mit dem besonderen Status Berlins „unvereinbar“ seien. Die Kommandanten könnten sowjetische Versuche, die auf Viermächte-Übereinkommen basierende Verantwortung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit in Berlin einseitig aufzugeben, nicht hinnehmen.

Sie müßten deshalb erneut betonen, „daß die sowjetischen Behörden auch weiterhin für etwaige Folgen verantwortlich gehalten werden, die die Ruhe und Sicherheit in Berlin beeinträchtigen und von solchen Demonstrationen herrühren könnten“, heißt es wörtlich in der Erklärung.

Provokateur“, gegen den ein Verfahren auf Grund des sogenannten Friedenschutzgesetzes eingeleitet werden solle. Dieses Gesetz sieht schwerste Strafe bis zur Todesstrafe vor.

Rektor denunziert Professor

Berlin (dpa). Der Direktor der Rostocker Universitäts-Nervenklinik, Prof. Dr. med. Franz Günther von Stockert, einer der bekanntesten deutschen Nervenspezialisten, soll nach einer Meldung des Informationsbüros West vom Sowjetzonen-Staatsicherheitsdienst verhaftet worden sein. Das Belastungsmaterial soll vom Rektor der Universität Rostock, Prof. Dr. Ernst Reinmuth, stammen. In einem Kommentar des Informationsbüros wird es als „erst- und einmalig in der Geschichte der deutschen Universitäten“ bezeichnet, „daß sich ein Rector magnificus als Denunziant betätigt“.

Bulgariens KP in Sorge

Budapest (ap). Die bulgarische Monatsschrift „Partien Shivot“ hat sich in einem Artikel, der jetzt in Budapest bekannt wurde, mit „bürgerlichen Tendenzen“ in Bulgarien auseinandergesetzt, die sich auf mehreren Parteitreffen vor allem in Kreisen der Künstlergewerkschaften und in Presse bemerkbar machen. In diesen Bevölkerungsschichten hätten sich Stimmen erhoben, die nach der „Freiheit und der Demokratie des bürgerlichen Typs“ verlangt hätten.

Arnold Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse

Frankfurt (dpa). Der stellvertretende Parteivorsitzende der CDU und ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, wurde am Sonnabend in Frankfurt zum neuen Vorsitzenden der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerenschaft gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Bundesminister a. D. Jakob Kaiser, hatte aus Gesundheitsgründen auf eine Wiederwahl verzichtet. Zum Stell-

vertreter wurde Johannes Albers wiedergewählt.

Der DGB-Vorsitzende Willi Richter lehnte vor den Delegierten der Sozialausschüsse nicht nur eine politische, sondern auch eine parteipolitische Neutralität des DGB und der Gewerkschaften ab, „wenn unter einer solchen Neutralität verstanden wird, daß die Gewerkschaften nicht das Recht haben sollten, zu irgendwelchen politischen Fragen Stellung zu nehmen und ihre Meinung zu äußern“. Richter hatte auf Verlangen der Delegierten das Wort in der Aussprache ergriffen, in deren Verlauf der DGB wegen seiner Unterstützung der Aktion „Kampf dem Atomtod“ und einer angeblichen Behinderung der christlichen Gewerkschaftler im DGB heftig angegriffen worden war.

VBB und Endspiel

DT. In den letzten Tagen konnte man in Frankfurt a. M. und in Berlin hören, daß der Deutsche Fußball-Bund wegen des Endspieles der Deutschen Fußball-Meisterschaft 1958 erste Führer nach Berlin ausgestreckt hatte, um das Endspiel im Olympia-Stadion durchführen zu lassen. Berlins Kandidatur ist erledigt. Es heißt, daß der Verband Berliner Ballspielvereine abgewinkt habe, weil angeblich Berlins Fußballvereine mehr an einem Länderspiel interessiert sind. Dazu stellt der TAG in aller Offenheit einige Fragen an den VBB:

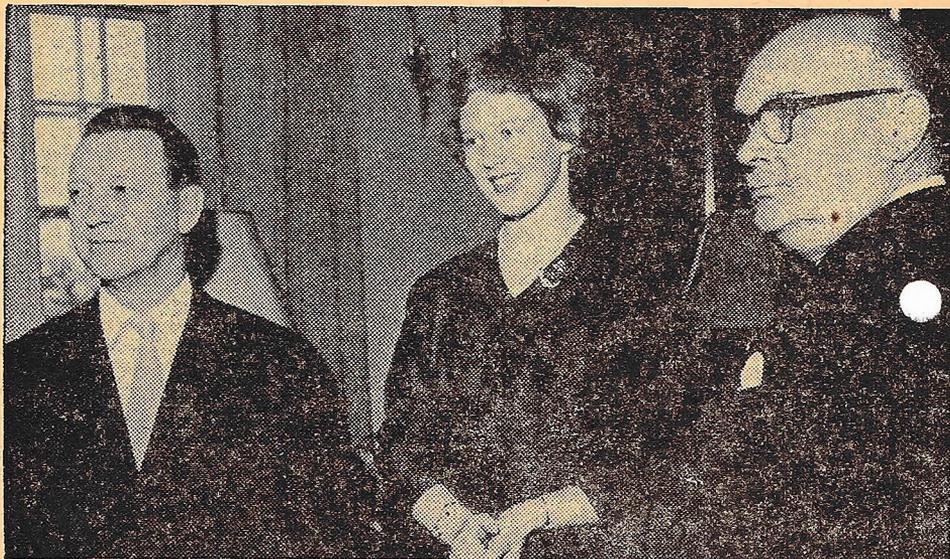
1. Ist es zutreffend, daß der VBB nicht zustimmend auf das Projekt Endspiel 1958 in Berlin geantwortet hat?

2. Wann sind Berlins Vereine gefragt worden, welches Spiel sie haben möchten?

3. Seit wann hat Berlin die Wahl zwischen Endspiel oder Länderspiel?

Die Informationen des TAG sind so, daß am vorstehend geschilderten Sachverhalt kaum zu zweifeln ist.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß vor Jahren nach Angaben aus der DFB-Leitung der VBB das ihm angetragene Länderspiel Österreich gegen Deutschland nicht annahm, weil er sich angeblich für das sechs Wochen später stattfindende Städtespiel Berlin gegen Wien nicht das Geschäft verderben wollte.



BILDER DER WOCHE. Oben: NATO-Tagung in Kopenhagen. Die dänische Kronprinzessin Margarethe empfing in Vertretung ihres in Großbritannien weilenden Vaters, König Frederik, den NATO-Generalsekretär Spaak. Links der dänische Ministerpräsident Hansen. — Unten: Auf der Industriemesse. Mikojan benutzte seinen Besuch in der Bundesrepublik zu einer Besichtigung der Industriemesse in Hannover. Neben ihm Botschafter Smirnow (links) und Bundeswirtschaftsminister Erhard.

